

LRH / Initiativprüfung / Glasfasernetz / öö. Gemeinden / 5,6 Mio. Euro Investition

## **Ungleichbehandlung kann Steuerzahler 840.000 Euro kosten Glasfaser-Erlass sollte zurückgenommen werden**

Bis zu 840.000 Euro Mehrkosten für den Glasfaseranschluss aller öö. Gemeinden könnten auf die Steuerzahler in Oberösterreich zukommen. Zumindest dann, wenn die Initiative des Landes OÖ zur Herstellung eines leistungsfähigen Glasfasernetzes für alle öö. Gemeinden wie geplant umgesetzt wird.

"Grundsätzlich ist das Projekt geeignet, um den steigenden Bedarf an leistungsfähigen Datentransfers abzudecken", zeigt LRH-Direktor Dr. Helmut Brückner die positiven Aspekte auf. Das Projekt könne langfristig und zukunftsorientiert die Verfügbarkeit eines hochwertigen, schnellen und sicheren Netzzugangs für die Gemeinden sicherstellen. Oberösterreich setze hiermit als erstes Bundesland eines der modernsten Datennetzwerke um und trägt damit zum wirtschaftlichen Erfolg des Landes bei.

## **Einmalzahlung für alle ermöglichen**

Nicht akzeptabel für den LRH sei allerdings die Ungleichbehandlung von Abgangsgemeinden und Nicht-Abgangsgemeinden, die zu der Mehrbelastung führen kann. Eine Nicht-Abgangsgemeinde kann zwischen einer Einmalzahlung in Höhe von 12.500 Euro oder vier Ratenzahlungen von insgesamt 16.000 Euro wählen. Demgegenüber ist für eine Abgangsgemeinde eine Einmalzahlung ausgeschlossen.

"Für den LRH ist dieser Zwang zur teuren Ratenzahlung auch aus wirtschaftlicher Sicht nicht nachvollziehbar", führt Brückner aus. Der Zinsaufwand liegt deutlich über dem derzeitigen Marktniveau und führt zu einer Mehrbelastung für den Steuerzahler bis zu 840.000 Euro netto.

Daher empfiehlt der LRH die sofortige Rücknahme des Erlasses "Glasfaseranschluss für öö Gemeinden". Die wirtschaftlich deutlich günstigere Einmalzahlung sollte für alle Gemeinden möglich werden.

## **Vergleichsangebote fehlen**

Eine Grundsatzvereinbarung sieht vor, jeder Gemeinde der Aufbau des Leitungsnetzes und die Herstellung der Glasfaseranschlüsse pauschal um 12.500 Euro anzubieten. Damit ergibt sich im Falle einer vollständigen Anbindung aller 444 Gemeinden eine Gesamtinvestition von rd. 5,6 Mio. Euro netto. Da keine Vergleichsangebote eingeholt wurden, konnte der LRH die Preisangemessenheit nicht beurteilen. "Aufgrund der Größenordnung wären aus unserer Sicht Vergleichsangebote zumindest einzuholen

---

### **Nummer 164 vom 30.10.2009**

gewesen", unterstreicht Brückner. Auch eine aktivere Mitgestaltung der Verträge hätte der LRH als zweckmäßig erachtet. (schluss)ri

---

Weitere Informationen unter <http://www.lrh-ooe.at>.

Rückfragen an Dr. Friederike Riekhof unter 0732 / 7720 – 14091 oder  
0664 / 6007214091